die nicht gerade als beifällig bezeichnet werden kann. Er that diese Aeußerungen zu einer Deputation aus Cassel, und wir entnehmen über dieselben Folgendes dem Berichte des „Casseler Stadt-Anzeigers“, dem wir allerdings die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit überlassen müssen:

Am interessantesten, weil von actueller Bedeutung, waren des Fürsten Aeußerungen über den deutsch-englischen Vertrag. Nach Fürst Bismarck findet, daß England seinen Vortheil sehr gut zu wahren verstanden hat. In den Kreisen der Colonialschwärmer (zu welchen er sich ja nicht rechne) werde das Abkommen wohl sehr arge Verstimmung hervorrufen. Namentlich mißfällt dem Fürsten das englische Protectorat über das Sultanat Zanzibar. Zunächst zwar werde England den hamburgischen Kaufleuten, welche im Sultanat ansässig sind, großes Entgegenkommen zeigen, aber das werde wohl nicht allzu lange dauern; dann werde sich England dieser deutschen Elemente schon bald genug zu entledigen wissen. Ueber den Werth Helgolands könne man streiten. Es habe ja immer schon zu den Desiderien deutscher Patrioten gehört, diese Insel in deutschen Besitz wieder überzuführen, und man könne darüber, was als Preis einer solchen nationalen Forderung zu gewähren sei, verschiedener Meinung sein. Das lasse sich nicht so absolut genau feststellen.

* Ueber den neuen preußischen Finanzminister schreibt die „Nationalliberale Correspondenz“:

Die Ernennung des Herrn Miquel zum Finanzminister hat allenthalben, auch außerhalb des Kreises seiner Parteigenossen, die Erwartung hervorgerufen, daß wir an einer der wichtigsten Stellen der inneren Staatsverwaltung, die alle anderen Gebiete in entscheidendster Weise mit berührt, vor einer Aera fruchtbarer Reformthätigkeit und reger schöpferischer Gedanken stehen, und diese Aussicht ist um so erfreulicher, je mehr es daran gerade an dieser Stelle in den letzten Jahren gefehlt hatte. Wer die lebhafte, energische, an Geist und Ideen reiche, nach den verschiedensten Richtungen anregende Natur des neuen Ministers aus seiner langjährigen parlamentarischen und sonstigen öffentlichen Thätigkeit kennt, der wird die hohen Erwartungen begreiflich finden, die an diese Ernennung geknüpft werden. Die Dinge in ausgefahrenen bureaukratischen Geleisen weiter laufen zu lassen und nothwendige Besserungen zu vertagen, wenn etliche Hindernisse sich zeigen, den Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen und ihre Beseitigung der Zukunft zu überlassen, mit Augenblicksauskünften und Flickarbeiten sich zu begnügen, wo nur entschiedenes, zielbewußtes Handeln nutzen kann, das ist nicht die Art des Staatsmannes, den des Kaisers Vertrauen soeben auf einen der wichtigsten und verantwortlichsten Posten gestellt hat. Wo immer Herr Miquel bisher in communaler, parlamentarischer, gemeinnütziger Thätigkeit hervorgetreten ist, hat er tiefe Spuren seiner schöpferischen, in seltenem Maße praktische Kenntnisse und Erfahrungen mit idealen Bestrebungen und Anschauungen verbindenden Wirksamkeit hinterlassen, und man darf fest vertrauen, daß dies auch auf seinem neuen größeren Arbeitsfeld der Fall sein wird, wo eine energisch anregende schöpferische Kraft nach den verschiedensten Richtungen hin so nothwendig ist. Man wird erwarten dürfen, daß sofort der Finanzminister wieder diejenige Stellung im preußischen Staatswesen einnimmt, die er in den letzten Jahren mehr und mehr eingebüßt hat, daß ein fester Plan für diese Verwaltung aufgestellt wird und daß der innere Zusammenhang zwischen dem Finanzwesen im Reich und dem größten Bundesstaat in ersprießlicherer Weise geordnet wird als es zuletzt der Fall war. Wir wollen nicht versuchen, nach dem bisherigen öffentlichen Auftreten Herrn Miquel's die Grundzüge seiner künftigen ministeriellen Wirksamkeit zu entwerfen; er selbst wird es daran nicht fehlen lassen, sobald er sich in dem neuen Amt eingerichtet hat. Seine Vergangenheit und sein in langjähriger öffentlicher Thätigkeit erprobter politischer Charakter sind uns Bürge, daß es nur eine maßvoll und besonnen fortschreitende, die Reformbedürfnisse einer neuen Zeit und Entwickelung ebenso wohl wie die Vorzüge bewährter bestehender Einrichtungen berücksichtigende Politik sein kann, die wir von dem neuen Rathgeber der Krone zu erwarten haben.

* Ein Mitglied des Vorstandes der Berliner Abtheilung der Deutschen Colonialgesellschaft schreibt der „Post“ in Sachen des Wissmann-Commerses. Er weist mit vollem Rechte die Insinuation ab, als hätte der Beschluß, den Commers ausfallen zu lassen, eine Spitze gegen Herrn v. Wissmann gehabt, zumal, schreibt er, „da der Colonialgesellschaft wohl bekannt war, daß der Herr Reichscommissar ebensowenig wie andere Sachverständige und Interessenten um ihre Ansichten betreffs der Hauptpuncte des Abkommens befragt worden sind. Vielmehr habe die Befürchtung den Ausschlag gegeben, daß es unmöglich sein würde, dem Feste den ausschließlichen Charakter einer Feier der persönlichen Verdienste Herrn von Wissmann's zu wahren:

Bei einem von 2500 Personen besuchten Feste, zu welchem nicht weniger als 600 Einladungen an Ehrengäste, darunter die Spitzen sämmtlicher Behörden und andere officielle Persönlichkeiten, zahlreiche Reichstagsmitglieder u. s. w. ergangen waren bezw. ergehen sollten, schien es bei der herrschenden Stimmung nicht möglich, die Garantie für den programmmäßigen Verlauf des Festes bezw. die Verhütung peinlicher Zwischenfälle zu übernehmen. Aber auch hiervon abgesehen, würde die Feier unter dem peinlichen Eindruck des jüngsten deutsch-englischen Abkommens gestanden haben, welches, wie auch die geschäftlichen Folgen für die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft in der nächsten Zeit sein mögen, zahlreichen wohlberechtigten Hoffnungen der deutschen Colonialfreunde ein Ende gemacht hat. Es war deshalb besser, eine öffentliche Feier zur Zeit hier überhaupt zu unterlassen. Welch herzliche Anerkennung den Verdiensten Wissmann's gerade in den Kreisen der Deutschen Colonialgesellschaft entgegengebracht wird, wird sich bei der bevorstehenden Generalversammlung in Köln zeigen, wo ähnliche Bedenken wie hier nicht obwalten.

* Der „Pfälzer Volksbote“ schreibt: Die Führer der Nationalliberalen in Kaiserslautern beabsichtigen, an den Fürsten Bismarck die Anfrage zu richten, ob er eine Reichstagscandidatur für Kaiserslautern-Kirchheimbolanden annehmen wolle. — Das Mandat wird bekanntlich durch Herrn Dr. Miquel's Ernennung frei.

* Ein Blatt der bayerischen intransigenten Centrumspresse macht der bayerischen Staatsregierung den Vorwurf, daß sie ihren Einfluß auf die auswärtigen Angelegenheiten des Reiches so wenig wahre, daß nicht einmal der Paragraph der Reichsverfassung, welcher von der Bildung eines Ausschusses für die auswärtige Politik im Bundesrathe unter Vorsitz Bayerns spricht, in Kraft getreten sei und erwartet vom nächsten Landtage eine diesbezügliche Interpellation an die Staatsregierung. Wir können hierzu nach Information an zuständiger Quelle versichern, daß der Ausschuß für auswärtige Politik im Bundesrath unter Bayerns Vorsitz besteht und alljährlich neugewählt wird. Ein öfteres Tagen des genannten Ausschusses erscheint deshalb unnöthig, weil das Auswärtige Amt die Bundesregierungen über die auswärtigen Angelegenheiten auf telegraphischem Wege völlig auf dem Laufenden hält. Es bekundet eine höchst geringe Dosis von Vertrauen zu der bayerischen Staatsregierung, wenn das intransigente Centrumsblatt vermuthet, Bayern, das im Ernstfalle mit zwei Armeecorps engagirt ist, entbehre jeden Einflusses auf den Gang der deutschen Reichspolitik. Die angestrebte Interpellation im bayerischen Landtage wird daher kaum einen anderen Verlauf nehmen, als eine ähnliche in den achtziger Jahren. Damals wurde im Landtage seitens der bayerischen Staatsregierung die oben citirte Antwort gegeben, womit sich die Kammer begnügte. Zwischen damals und heute aber erscheint keine irgendwie nennenswerthe Veränderung der Lage und scheint das Centrumsblatt sein Pulver nach dieser Richtung wohl umsonst verschossen zu haben. Vielleicht ist ihm der ähnliche Vorgang in den achtziger Jahren unbekannt geblieben.

* * *

* Ein Telegramm der „Neuen Freien Presse“ aus Sofia erklärt die Blättermeldung, Prinz Ferdinand habe sich nach Wien begeben, für vollständig unbegründet. Der Prinz befindet sich auf einer militairischen Inspectionsreise im Lande.

* Als Prinz Ferdinand am Donnerstag auf dem Regierungsdampfer „Kroum“ von Rustschuk aus eine Fahrt auf der Donau unternahm, schlug während eines Gewitters der Blitz in den Mast des Schiffes. Der Prinz, welcher sich gerade einige Schritte von dem Mastbaum befand, blieb unbeschädigt. — Prinz Ferdinand wurde am Mittwoch in Sistowo erwartet, wo der Ministerpräsident Stambulow bereits eingetroffen ist.

* Die Verwaltung der Stadt Rom befindet sich in einer sehr mißlichen Lage. Die klerikalen und kryptoklerikalen Elemente dieser Versammlung hatten geraume Zeit hindurch arg gewirthschaftet, bis sie den Schauplatz ihrer Thätigkeit verlassen mußten. Die letzten Municipalwahlen sind dann bei recht schwacher Betheiligung im liberalen Sinne ausgefallen. Noch sind die Schwierigkeiten in Aller Erinnerung, welche dem Plane, auf dem Campo de Fiori ein Denkmal für den Märtyrer der Gewissens- und Lehrfreiheit Giordano Bruno zu errichten, von Seiten der offen oder heimlich klerikalen Elemente des römischen Gemeinderathes gemacht wurden, bis der Conseilpräsident Crispi durch sein entschiedenes Verhalten die Lösung dieser Denkmalsfrage herbeiführte. Die gegenwärtige Bankkrisis in Rom ist denn auch keineswegs durch die Buzzurri verschuldet; vielmehr kommen dabei ganz andere Ursachen in Betracht, die jedoch nicht verhinderten, daß die Regierung sich gewillt zeigte, zu Gunsten der Stadt Rom zu interveniren. Diesem Zwecke soll der soeben im Parlamente eingebrachte Gesetzentwurf dienen. Nach den in den italienischen Blättern vorliegenden Meldungen wurde angenommen, daß die Lösung der römischen Municipalkrisis bis zum Ausgange der parlamentarischen Debatte über den erwähnten Gesetzentwurf vertagt werden würde, zumal da die Deputirtenkammer für die Berathung des Entwurfes die Dringlichkeit beschlossen hat. Der „Nationalzeitung“ geht nun nachstehende Meldung zu: „Rom, 25. Juni. Der Sindaco (Bürgermeister), die Giunta (der Ausschuß) und zahlreiche Mitglieder des hiesigen Gemeinderathes wollen, unzufrieden mit dem Gesetzentwurfe für die Stadt Rom, ihr Amt niederlegen.“

* Die „Politische Correspondenz“ bringt heute zwei Aeußerungen zu dem deutsch-britischen Abkommen. Die eine stammt aus Rom und resumirt sich wie folgt:

Indem die Quelle von Mißhelligkeiten zwischen Deutschland und England auf afrikanischem Boden verstopft wurde, sind die beiden Mächte auch im Hinblick auf die europäische Constellation einander näher gerückt, und das bedeutet für den Dreibund und die durch denselben verknüpften Mächte einen Gewinn und eine weitere Gewähr für das Ziel dieses Bundes: die Erhaltung des allgemeinen Friedens.

Sehr bemerkenswerth ist die Moral, die man in Paris aus dem Abkommen zieht:

Frankreich wird aus dieser Erfahrung die Lehre ziehen, daß es sich ebenfalls in seiner Politik überall, speciell in Tunis, ausschließlich von seinen eigenen Interessen leiten lassen soll und sein Hauptaugenmerk auf die Vermehrung seiner Streitkräfte zu Wasser und zu Lande bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit richten muß.

Ein Correspondent der „Kölnischen Zeitung“ glaubt Angaben über die Compensationsansprüche Frankreichs wegen Zanzibars machen zu können. Er schickt voraus, man sei in Paris immer noch in Sorge, daß das Abkommen geheime Clauseln enthalte, und bemerkt dann:

Man wird sich hier (hinsichtlich der Compensation) um so nachgiebiger zeigen, als man Deutschland, dem man nicht wohl will, für den Benachtheiligten in dem ostafrikanischen Handel hält. Frankreich verlangt als Entschädigung entweder die Neuen Hebriden oder Zugeständnisse in Madagaskar bezw. Tunis.

* Das amerikanische Repräsentantenhaus lehnte sämmtliche vom Senate zu der Silberbill angenommenen Amendements, einschließlich desjenigen über die freie Ausprägung von Silber, ab. Die Bill wird nunmehr an den Senat zurückgehen mit dem Antrage, ein aus Mitgliedern der Kammer und des Senats bestehendes Comité zur weiteren Berathung der Frage zu ernennen.

* Wir theilten jüngst mit, daß Herr von Koseritz, der deutsche Pionier in dem Staate Rio Grande do Sul in Brasilien verstorben sei. Wie es scheint, ist dies jedoch nicht der Fall, wenigstens enthielt die heute bei uns eingegangene „Koseritz' Deutsche Zeitung“ vom 17. Mai eine redactionelle Notiz, nach welcher von Koseritz für sein ruhiges, aber freimüthiges Auftreten von den „freien“ Republikanern dingfest gemacht worden ist und eingesperrt gehalten wird. Die auf die Verhältnisse dieser freien Republik ein bezeichnendes Schlaglicht werfende redactionelle Notiz lautet:

„Herr von Koseritz, der Redacteur dieses Blattes, ist in Pedras Brancas, wohin er sich mit seiner Familie für einige Zeit zum Zwecke der Erholung zurückgezogen hatte, festgenommen worden und wird daselbst von jeglichem Verkehr abgeschlossen gehalten; er ist in Folge dessen selbstredend augenblicklich verhindert, die Redaction dieser Zeitung fortzuführen. Herr Dr. Ludwig, den wir gebeten haben, die einstweilige Vertretung zu übernehmen, hat sich freundschaftlichst dazu bereit erklärt. Politische Artikel müssen bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge selbstverständlich ausgeschlossen bleiben, wenn das weitere Erscheinen der Zeitung nicht in Frage gestellt werden soll. Die Redaction muß sich auf Relation der Thatsachen beschränken, ohne selbst Kritik zu üben; sie wird sich aber bemühen, ein möglichst vollständiges Bild zu geben. Ueber das Schicksal des Herrn v. Koseritz haben wir trotz aufgewandter Mühe nichts Bestimmtes in Erfahrung bringen können; jedenfalls bitten wir in seinem Interesse alle seine hiesigen und auswärtigen Freunde, die weitere Entwickelung ruhig abzuwarten. Herr v. Koseritz konnte an den betrübenden Ereignissen des 13. Mai in keiner Weise betheiligt sein, da er sich in Pedras Brancas Dank der mangelhaften Verbindung mit Porto Alegre in völliger Unkenntniß der hiesigen Verhältnisse befinden mußte. Wir glauben deshalb bestimmt auf seine baldige Freilassung rechnen zu dürfen.“

Diese Freilassung war bis zum 21. Mai nicht erfolgt.

Reichstag.

26. Sitzung vom 25. Juni.

(Ausführlicher Schluß zu dem gestrigen Berichte.)

Kriegsminister v. Verdy du Vernois: Ich will zunächst an Das anknüpfen, was der Herr Vorredner (Bebel) in Bezug auf die Armee gesagt hat: nämlich, daß der Soldat nicht als Mensch betrachtet wird. Es wirft ein eigenthümliches Licht auf die Verhältnisse, daß im Reichstage ein solches Urtheil über unsere Armee gefällt wird. (Sehr richtig! rechts.) Für mich ist es der Beweis, daß die Vertreter der socialdemokratischen Partei, die in breiten Schichten des Volkes Fühlung haben, in der Armee keine Fühlung haben. Was sie dort haben, das ist, was unter einer Masse von einer halben Million immer vorhanden ist, die Unzufriedenen, Nichtnutzigen (Unruhe links). Diejenigen, welchen auch Unrecht geschehen ist, was im Laufe der Dinge in einer so großen Organisation natürlich ist, daß nicht immer nach Recht und Sitte verfahren wird, das ist Ihre Domaine. (Beifall rechts.) Wer die Armee kennt, wird wissen, daß der Officier wahrhaftig ein Herz für seine Soldaten hat, und auch der Soldat weiß, daß der Officier ein Herz für seine Beschwerden hat und für ihn sorgt. Es ist behauptet worden, die Zahl der Selbstmorde habe sich in bedenklicher Weise erhöht. Ich bitte doch, bei so schwerwiegenden Anschuldigungen mit richtigen Zahlen zu rechnen. Nach einer mir vorliegenden Liste von 1881 bis 1889 betrug die Zahl der Selbstmorde im Jahre 1881 0,71, im Jahre 1889 0,56 pro Mille. Eine ähnliche Liste können wir in Bezug auf die Todesfälle in der Armee aufmachen. Infolge der Umsicht unserer Aerzte, der vorzüglichen Einrichtungen und nicht zum Mindesten auch infolge der Fürsorge der Officiere sind die Todesfälle in unserer Armee immer weiter heruntergegangen, so daß wir in dieser Beziehung die erste Stelle unter allen Armeen einnehmen. Den von Herrn Bebel erwähnten Fall aus dem Regiment Elisabeth kenne ich in seinen Einzelheiten nicht. Sie sehen aber: das Gesetz ist da, greift ein. (Ruf bei den Socialdemokraten: Zu milde Strafe!) Darüber können wir uns in diesem Augenblicke nicht zum Richter machen, dazu müßten wir die actenmäßige Darstellung des Falles kennen. Nun ist ferner wieder Elsaß-Lothringen erwähnt und die Meinung ausgesprochen worden, seine Rückgabe an Frankreich würde neue Rüstungen unnöthig machen. Meine Herren, Elsaß-Lothringen war in früheren Jahrhunderten stets das Ausfallthor Frankreichs gegen Deutschland und würde es auch künftig sein. Die Bevölkerung aber würde ihr Contingent zum französischen Heere stellen, und wir würden unsere Heeresstärke in Folge dessen noch mehr erhöhen müssen. (Sehr richtig!) Nun ist auch wieder die Idee einer Milizarmee aufgetaucht. Man hat auf den amerikanischen Krieg exemplificirt. Wenn aber einer der kriegführenden Staaten nur den fünften oder sechsten Theil seiner Heeresmassen als reguläres Heer besessen hätte, so würde jener Krieg schneller beendet worden sein und ohne die ungeheuren Opfer an Geld und an Menschenleben, die er in der That erfordert hat. Was die Uniformirung anbelangt, so haben wir uns mit dieser Frage sehr ernst beschäftigt. Ob aber die Neuuniformirung billiger werden wird, ist sehr die Frage. Da ich einmal das Wort habe, will ich auch noch auf einige Puncte näher eingehen. Alle Argumente, die gegen die Vorlage vorgebracht worden sind, stützen sich darauf, daß wir die Nothwendigkeit unserer Forderungen nicht nachgewiesen hätten. Das ist ein Satz; die Begründung dafür ist man uns schuldig geblieben. Die Ziffer, die wir über die Stärke der französischen Armee gegeben haben, wird beanstandet, die zweite Ziffer über das Wachsen der Armee in Folge der neuen Organisation ist uns schließlich in der Commission zugegeben worden. Die Franzosen sind 300 000 bis 400 000 Mann stärker als wir. Gewiß legen wir noch andere Factoren als die bloße Truppenzahl in die Wagschale, aber Sie dürfen uns nicht zumuthen, ganz dahinter zurückzubleiben. (Sehr richtig.) Sonnen wir uns nicht zu sehr an dem alten Kriegsruhm, vergessen wir nicht, daß wir im Felde mit einer bedeutenden Uebermacht zu kämpfen haben, wir haben es mit einem stärkeren Gegner als früher zu thun. Die Sache ist ernst, unendlich ernst! Was wir fordern, ist das Minimum dessen, was nöthig ist. Herr Richter hat gefragt, über die 300 000 bis 400 000 Mann fehlen uns die Beläge. Ueber die Zahl unserer eigenen Truppen können wir bis zum Landsturme genaue Controle üben; bei den Franzosen fehlt uns diese Einsicht. Aber einen Anhalt für unsere Vorlage geben die französischen Verhältnisse, soweit sie uns bekannt waren. Wir waren gezwungen, Ziffern zu geben und unsere Forderungen zu formuliren. Gewiß haben dieselben zunächst im Lande erschreckt, denn man war der Ueberzeugung, daß wir mit unseren Rüstungen fertig wären. Wir waren aber auch nicht wenig über das französische Wehrgesetz befremdet. Wir haben Ihnen unsere daraus hervorgehenden Erwägungen mitgetheilt und Ihnen offen die Lage geschildert. Wenn wir das thaten, so hatten wir die Ueberzeugung, daß wir bei weiterer Verschiebung der Forderungen nicht Mittel und Wege finden würden, aus der Lage herauszukommen. Ich hatte in der Commission die Aeußerung gethan, daß wir uns vielleicht auf die allgemeine Wehrpflicht nach den Scharnhorst'schen Vorschlägen würden zurückziehen müssen. Inmitten der Discussion kamen dann 14 Tage, die zu der lebhaftesten Agitation im Lande benutzt wurden. Uns war es nicht möglich, in gleicher Weise zu antworten, denn in der Polemik wäre man bald an einen Punkt gekommen, für den man das Beweismaterial nicht veröffentlichen konnte. Damals war also die Bewegung natürlich, aber gleich am ersten Tage des Wiederzusammentrittes der Commission konnte ich mittheilen, daß wir die Consequenzen aus meiner Erklärung nur so weit ziehen würden, als es sich um eine Verschiebung der Machtverhältnisse handeln würde, daß aber die volle Ausnutzung der Wehrkraft auf ein Menschenalter hinaus nicht erforderlich sein würde. Ich will noch bemerken, daß die Grundlage für die Vorlage das französische Wehrgesetz gewesen ist, welches in der französischen Kammer mit einer Mehrheit von 300 Stimmen angenommen wurde. (Hört, hört!) Allerdings hat diese Grundlage einige Aenderungen bei uns erfahren. Das französische Gesetz zieht in rigorosester Weise Alles zur Ausbildung heran, während das unsere auf einer humanen Basis beruht. Was die Zukunftspläne anbetrifft, so bitte ich Sie, da Sie ja bei jedem einzelnen Schritte mit herangezogen werden würden, etwas zur Beruhigung über diese Pläne beizutragen. Keinesfalls sind Sie durch Annahme dieser Vorlage weiter gebunden, wenn wirklich noch neue Vorlagen kommen sollten. Ich komme nun zu dem Gebiete der Compensationen. Jedenfalls wird jeder Einzelne der mehr zu entlassenden 6000 Dispositionsurlauber diese Entlassung als Erleichterung empfinden. Sie verlangen die zweijährige Dienstzeit und werfen dafür in die Wagschale den Wunsch des Volkes, mit Sicherheit zu wissen, daß der Einzelne in zwei Jahren entlassen wird. Wir werfen in die andere Wagschale die Thatsache, daß wir, da die Präsenzstärke nicht vermindert werden kann, bei zweijähriger Dienstzeit 25 000 Mann jährlich mehr einziehen müßten, welche jetzt nicht zu dienen brauchen, ferner die Erhöhung der Kosten, die immerhin eine neue Belastung bilden würden. Weiter werfen wir in die Wagschale, was wir durch das Studium der Geschichte und durch eigene Erfahrung kennen gelernt haben, und wir kommen zu dem Resultat, daß unsere Wagschale schwerer ist als die Ihre, daß wir zur Zeit die zweijährige Dienstzeit nicht einführen können. Wir sind stets mit dem Gedanken beschäftigt, wie eine Entlastung möglich sei. Erst vor vier Jahren ist an sämmtliche Corps- und Regiments-Commandeure eine Anfrage wegen Einführung der zweijährigen Dienstzeit gestellt worden. Ueber 240 Berichte sind uns zugegangen und darunter hat sich nur einer für die Möglichkeit einer zweijährigen Dienstzeit ausgesprochen. (Hört, hört! rechts.) Ich bitte, doch den Werth des Urtheils dieser Männer nicht zu unterschätzen, die ihre Leute im Felde geführt und den Nutzen der Ausbildung in der Praxis kennen gelernt haben. (Sehr richtig! rechts.) Was nun die Bemerkungen über die französische Artillerie betrifft, so liegt ja hier gar nicht der Schwerpunct der Vorlage, vielmehr darin, daß wir eine größere Anzahl Leute ausbilden müssen. Mein Herr Amtsvorgänger hat auch nicht erklärt, daß für die Zeit des Septennats keine Veränderung im Heere stattfinden würde, vielmehr nur, daß man dies wünsche, daß aber andere Ansichten nicht ausgeschlossen seien. Wir sind jetzt der Ansicht, daß wir das Heer verstärken müssen. Wir haben heute 30 106 Mann Feld-Artillerie, die Franzosen über 60 000. Ebenso sind ihre Bespannungen bedeutend zahlreicher als die unseren. Ich beschränke mich darauf, nochmals die Nothwendigkeit der Vorlage zu betonen. Wie ich dies den Gegnern derselben einleuchtend machen soll, weiß ich freilich nicht. In der Commission ist die Ansicht ausgesprochen worden, bei dieser so wichtigen Vorlage handle es sich um eine Kraftprobe. Hier stehen größere Zwecke auf dem Spiele. (Sehr richtig!) — Daß Wünsche und Ansichten bei dieser Vorlage ausgesprochen worden, ist ja natürlich. Darum aber bitte ich, die Vorlage nicht zu einem Handelsartikel zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frhr. v. Manteuffel (cons.): Herr Bebel hat behauptet, unsere Infanterie habe sich mit ganz jungen, sehr tüchtigen französischen Militruppen geschlagen und diese hätten sich bewährt. Das ist nicht der Fall. Gerade wo wir den jungen Truppen gegenübergestanden haben, hatten diese die Ueberzahl; sie wurden trotzdem besiegt und hatten außerdem colossale Verluste, weil sie die Strapazen nicht ertragen konnten. Ueberhaupt war die ganze Organisation des französischen Heeres damals nur möglich, weil sie sich um einen Stamm von alten Truppen herum krystallisiren konnten. Das einzige Moment, das mir in Herrn Bebel's Rede sympathisch war, war, daß er die allgemeine Abrüstung für unmöglich ansieht. Im Uebrigen liefen seine Darlegungen darauf hinaus, daß er sagte: Frankreich ist nicht unser Gegner, sondern Rußland — und deshalb brauchen wir keine Verstärkung. Wir sollten unser Elsaß-Lothringen zurückgeben. Ich möchte darauf bemerken, daß wir längst einen Krieg hätten, wenn wir nicht im Besitze von Elsaß-Lothringen wären. Die Franzosen würden im Bestreben, ihre Gloire wieder herzustellen, auch ohne den Verlust Elsaß-Lothringens den Krieg mit uns angefangen haben. (Sehr richtig! rechts.) Was die Vorlage anlangt, so sind wir der Ansicht, daß das Minimum dessen darin verlangt ist, was wir zu unserer Wehrfähigkeit dringend bedürfen. Wenn der Herr Abg. Rickert und Conservative für eine unberechtigte preußische Eigenthümlichkeit ansieht, so hat er doch zu unserem Troste gesagt, es sei dies seine Ansicht, wodurch allerdings der Werth der Aeußerung sehr erheblich eingeschränkt wird. (Heiterkeit.) Auch Herr Graf von Moltke besitzt die unberechtigte Eigenthümlichkeit, conservativ zu sein (Heiterkeit); ebenso haben wir verschiedene Süddeutsche unter uns, und wenn die Herren Freisinnigen weiter gegen die Kornzölle agitiren, werden wir bald wohl noch mehr Bayern in unsere Reihen aufnehmen können. Je mehr man die Landwirthschaft zurückdrängt, um so weniger Procent der Wehrfähigen kann sie produciren. Ich glaube nicht, daß wir durch eine Reichseinkommensteuer die Schutzzölle entbehrlich machen können, vielmehr scheint mir eine Börsensteuer dazu geeignet. (Sehr gut! rechts.) Bei seinem Exempel von der größeren Belastung des deutschen Steuerzahlers gegenüber dem französischen hat Herr Rickert die französischen Schutzzölle ganz außer Rechnung gelassen, und das würde die Zahl ganz anders gestalten. (Sehr richtig! rechts.) Die voraussichtliche Mehrbelastung um 60 Millionen Mark hat nur zum geringsten Theil mit den Militairforderungen zu thun. Viel mehr wirken darauf die Erhöhung der Beamtengehälter und andere Factoren ein. Was die Compensationen anbelangt, so sind die Dispositions-Beurlaubungen nicht so geringwerthig, wie sie dargestellt werden. Trotz der Ausführung des Abg. Richter, daß diese Beurlaubungen gerade die verhaßte dreijährige Dienstzeit unterstützen, hat Herr Rickert erklärt, seine Partei werde für die Resolution Windthorst stimmen, in der die Vermehrung der Königsurlauber gefordert wird. Das ist ein Widerspruch. Wir haben schließlich nicht die Empfindung, als ob diese Vorlage eine Berechtigung dazu bietet, eine Verkürzung der Dienstzeit eintreten zu lassen. Die Wehrhaftigkeit des Reichs bedingt diese Vorlage, und deshalb bitten wir um deren unveränderte Annahme. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Komierowski (Pole): Nachdem uns von autoritativer Stelle wiederholt die Vorlage gerechtfertigt worden ist, trat an uns die Aufgabe heran, die Frage genau zu erwägen. Wir sind in den östlichen Provinzen finanziell nicht glänzend gestellt und in politischer und religiöser Beziehung oft gedrückt. Trotzdem werden wir für die Vorlage eintreten. (Lebhafter Beifall im Centrum und rechts.) Wir wollen nicht die Schädigung des Reiches. (Bravo! rechts.) Wir sind oft verleumdet worden, auch von der officiösen Presse; deshalb wollen wir aber doch uns nicht abhalten lassen, unsere Pflicht zu thun. Wir sind immer in unserer geschichtlichen Entwicklung für Thron und Altar eingetreten. (Bravo!) Wir hoffen von Seiner Majestät dem Kaiser, daß er auch dafür seine schirmende Hand über dem bedrängten Volke halten werde. Wir werden im Interesse der Beruhigung des Volkes die Resolutionen unterstützen. Wenn wir auch nie das Schlachtfeld gescheut haben, so glauben wir doch keineswegs uns ablehnend gegen die Idee einer Friedens-Conferenz verhalten zu dürfen. Ich schließe mit dem Hinweis auf das Wort des Herrn Reichskanzlers, daß man die Vorlage möglichst einmüthig annehmen möge. Da wollen auch wir unser bescheidenes Scherflein dazu beitragen. (Beifall.) Wenn unsere Absichten nicht verstanden werden, und sich kein Einverständniß zwischen der Regierung und den Polen erzielen läßt, so ist das nicht unsere Schuld. (Lebhafter Beifall im Centrum und bei den Polen.)

Die weitere Berathung wird vertagt.

Die Bevölkerung Leipzigs.

* Nach dem statistischen Verwaltungsbericht vom Jahre 1888 wurde die Einwohnerzahl der alten Stadt für den 1. Januar 1890 auf 187 701 Einwohner berechnet, mit Anger-Crottendorf und Reudnitz auf 215 987, die inzwischen einbezirkten Ostvororte auf zusammen 42 389, die Nordvororte auf 24 621, die noch nicht einbezirkten Westvororte auf 35 239 und die Südvororte auf 9191, sodaß sich eine Einwohnerzahl für das zukünftige Leipzig nach der Berechnung vom genannten Tage von 327 427 Einwohnern ergab. Neben diesen Berechnungen ist aber auch eine Schätzung vorgenommen worden, welche allerdings ein wesentlich höheres Ergebniß zeigt. Nach dieser Schätzung des statistischen Amts, welche der Wahrheit am nächsten kommen dürfte, wenn man die Bauthätigkeit aus einigen Vororten seit 1885 in Betracht zieht, wurde die Einwohnerzahl aller vorstehend inbegriffenen Orte für Ende 1889 auf 354 561 geschätzt. Es würde dann Leipzig die zweit- oder drittgrößte Stadt Deutschlands sein. (1885: Berlin 1,315 287, Hamburg 305 690, Breslau 299 640.)

Geboren wurden in Alt-Leipzig (was bei diesem Bericht nur in Frage kommt) im Jahre 1888 männliche (ehel.) 2222, (unehel.) 534, weibliche (ehel.) 2049, (unehel.) 507 Kinder, davon verstarben männliche 310 (ehel. 222, unehel. 88), weibliche 285 (ehel. 207, unehel. 78). Auf den Zeitraum vom 1. December 1885 bis 31. December 1888 kommen insgesammt Geburten 16 494, Kindersterbefälle 3064. Insgesammt fanden im Jahre 1888 statt 1755 Eheschließungen, 5312 Lebendgeburten, 221 Todtgeburten, 3426 Sterbefälle.

Eine andere auf die Leipziger Bevölkerung bezügliche Specialfrage ist jüngst wieder aufgetaucht; es ist die nach der Zahl der Selbstmorde. Bekanntlich zeichnet sich das Königreich Sachsen vor allen anderen Ländern durch eine überaus hohe Selbstmordziffer aus. Während auf 1 Million Einwohner durchschnittlich jährlich Selbstmorde vorkommen in Italien 38, England und Wales 69, Norwegen 71, Belgien 78, Schweden 91, Bayern 100, Oesterreich 130, Preußen 152, Frankreich 160, Württemberg 169, Baden 214, Schweiz 255, entfielen im Königreich Sachsen auf eine Million Einwohner Selbstmorde im Durchschnitt der Jahre 1851—55: 245,0; 1856—60: 246,5; 1861—65: 263,4; 1866—70: 296,8; 1871—75: 267,4; 1876—80: 387,2; 1881—85: 390,4; 1886—88: 337,6. Die Tabelle des Berichts, welche einer zufälligen äußeren Veranlassung die Entstehung verdankt, zeigt nun, daß die sächsischen Durchschnitte von den Leipziger Zahlen noch wesentlich übertroffen werden. Das um das Jahr 1880 herum liegende Maximum scheint aber hier wie dort überschritten zu sein und eine kleine Verbesserung dieser traurigen Verhältnisse sich anzubahnen.

Die Selbstmord-Tabelle für Leipzig ergiebt

	männlich	weiblich	zus.	auf 1 Mill. Einwohner
Durchschnitt 1832— 40	10,44	1,88	12,33	258,93
" 1841— 50	?	?	11,—	183,35
" 1851— 60	17,10	3,50	20,60	292,06
" 1861— 70	23,90	4,60	28,50	319,53
" 1871— 80	38,90	13,10	52,—	402,72
" 1881—1889	54,12	17,50	71,62	433,39

Die höchste Ziffer zeigt das Jahr 1880 mit 80 Selbstmorden von 543,19 auf 1 Million Einwohner.

Museum für Völkerkunde.

* Die rumänische Nationaltracht, so einfach sie ist, so kleidsam ist sie auch. Ein schönes Stück, von ganz besonders malerischer Wirkung hat das „Museum für Völkerkunde“ soeben von Sr. Majestät dem Könige von Rumänien zum Geschenk erhalten. Die rumänische Nationaltracht findet man nicht nur im Königreich Rumänien, sondern auch noch in Siebenbürgen und im südlichen Ungarn, und zwar im Banat, zwischen Theiß, Maros und Donau, wo der Zahl nach die Rumänen die Hauptbevölkerung bilden. Ein Rumäne und eine Rumänierin in ihrer Nationaltracht ist ein herrlicher Vorwurf für einen Maler. Trotz der elenden Nahrung, meist aus Mamaliga, einem Brei aus Maismehl, der italienischen Polenta ähnlich, Malai, dem trockenen Maisbrode, Zwiebeln, Schafkäse und Milch bestehend, sind die Rumänen im Ganzen genommen schöne Leute. Ihre Größe ist eine mittlere, der Wuchs dabei ziemlich schlank und leicht, die Züge, scharf markirt, wobei das dunkle Colorit noch vortheilhaft wirkt, sind meist schön und ausdrucksvoll; die Nase ist gebogen, die Stirn mäßig hoch, der Mund fein, die Augen sind dunkel, das Haar ist lang und schwarz. Ueber dem ganzen Gesicht lagert aber ein schwermüthiger Zug. Ganz besonders treten diese Eigenschaften des Körpers bei den Frauen hervor. Die Rumänierinnen, und zwar nicht nur die der höheren Stände, sind in ihrer Jugend meist von großer Schönheit, zählen zu den reizendsten Erscheinungen ihres Geschlechts und zeichnen sich, ob hoch oder niedrig, stets durch eine angeborene Grazie aus. So sagt de Gerando: „Die Walachischen Bäuerinnen haben oft den eigenthümlichen Typus, den man bei den italienischen Frauen findet. Wenn man sie die Hügel ersteigen sieht, während sie mit strenger Anmuth ihre Vasen von etruskischer Form tragen, so denkt man unwillkürlich an antike Statuen.“ Die Bäuerinnen verblühen nur sehr schnell in Folge der harten und schweren Arbeit, die sie verrichten müssen, während die Männer in süßem Nichtsthun ihre Tage hinbringen. „Die Faulheit des Walachen ist der des Lazzaroni gleich“, bemerkt de Gerando. Sie haben wenig Bedürfnisse und befriedigen sie mit nicht viel Mühe. Während der Walache sich einem bewunderungswürdigen far niente hingiebt, zeigt die Frau dagegen die größte Thätigkeit. Sie arbeitet sich ab, sie verrichtet nicht nur die Hauswirthschaft, sondern sie ist auch bei der Bestellung des Feldes mit thätig, sie säet und erntet mit dem Manne, wobei ihr oft der Haupttheil an der Arbeit zufällt, während der Mann, im Schatten eines Baumes oder der Veranda seines Hauses auf dem Bauche liegend, ausruht. Und wenn die Besorgung ihrer Wirthschaft die rumänische Bäuerin nicht in Anspruch nimmt, dann spinnt sie, sogar im Gehen auf der Straße, oder stickt kunstreiche Hemden, wie wir ein solches von besonderer Schönheit in dem königlichen Geschenk sehen.

So ist, was die rumänische Bäuerin an Kleidungsstücken an sich trägt, ausnahmslos das Werk ihrer eigenen Hände. Wie sie sich ihren Flachs selber bereitet, so färbt sie auch die ihren Schafen entnommene Wolle selber; aus dem eigenen Gespinnste webt sie dann das Zeug, aus dem sie die Kleidung für sich, ihren Mann und ihre Familie fertigt. Die Frauentracht ist im Wesentlichen überall die gleiche und für die Rumänierinnen charakteristische; zwar zeigen sich an den verschiedenen Orten in der Form und Farbe der einzelnen Kleidungsstücke Verschiedenheiten, doch bleiben diese an sich dieselben.

Das Hauptkleidungsstück der Frauen ist ein langes, leinenes Hemd, auf Rumänisch camasa genannt, das am Halse eng anliegt und bis zu den Knöcheln herabreicht. Meist ist es an den Seiten, über der Brust und auf den Aermeln in der verschiedensten Weise bunt gestickt und wird dann camasa cusută genannt; zugleich zeichnet es sich durch blendende Weiße aus, die sehr vortheilhaft von der dunklen Hautfarbe absticht. Ueber dem Hemd wird dann im Sommer weiter nichts als ein vor und hinten von der Taille schürzenartig herabhängendes Kleidungsstück, dessen Form und Farbe sehr wechselt, getragen. Diese Schürzen bestehen entweder aus einem Stück buntgemusterten Wollenstoff, oder sie bilden einen breiten Gurt um die Hüften, von welchem vorn und hinten lange Franzen bis fast an das untere Ende des Hemdes hinabreichen. Die Muster dieser Schürzen sind je nach den Ortschaften, wo sie getragen werden, sehr verschieden und spielt bei ihnen Grün, Roth, Blau und Schwarz eine besondere Rolle, wobei eine Farbe besonders bevorzugt ist. Im Winter tragen die Frauen hosenartige Beinkleider und hüllen sich in eine Suba — einen langen Pelzrock — ein. Während sie im Sommer die Füße mit Schuhen

SLUB
Wir führen Wissen.